

Systemrelevant und doch unsichtbar

Forschungsprojekt untersucht die Arbeits- und Lebenssituation von Arbeitsmigrantinnen und -migranten in der Region Rhein-Waal

Arbeitsmigrantinnen und -migranten sind in der deutsch-niederländischen Grenzregion prekären und menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt. Ein neues Forschungsprojekt der Hochschule Rhein-Waal untersucht die Lebens- und Arbeitssituation dieser Menschen.



© PantherMedia/Oliver Cramm

Das Vorhaben „Arbeitsmigration zwischen den Grenzen – Arbeits- und Lebenssituation von Arbeitsmigrantinnen und -migranten in relevanten Sektoren in der Euregio Region Rhein-Waal“ wird von der Hochschule Rhein-Waal in Kooperation mit dem Projekt „Migranten in de frontlinie“ der Radboud Universiteit Nijmegen in den Niederlanden durchgeführt und vom Land NRW durch die beiden Ministerien Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) sowie Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) gefördert. Geleitet wird das Projekt von Ingrid Jungwirth, Professorin für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Diversität und Inklusion an der Fakultät Gesellschaft und Ökonomie.

Eine beträchtliche Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern der EU, meist aus Rumänien, Bulgarien und Polen, nutzen die Regelung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit und arbeiten und leben in anderen Mitgliedsstaaten, vielfach in gesellschaftlich elementaren, systemrelevanten Bereichen wie der Logistik oder der Nahrungsmittelproduktion. Sie sind etwa in den Niederlanden beschäftigt, während sie in Deutschland wohnen – beides oftmals unter prekären Bedingungen. In dieser Situation ergeben sich gesellschaftliche, strukturelle und auch zwischenmenschliche Konflikte. In vielen Fällen regelt ein Arbeitsvertrag auch die Unterbringung der Beschäftigten und die angesetzten Wohnkosten werden dann direkt vom Arbeitslohn abgezogen. Der in Deutschland vorgehaltene Wohnraum wird zentral angemietet oder es werden ganze Häuser für diesen Zweck angekauft. Die Mieter und Käufer der grenznahen Immobilien sind zumeist Sub- und Leiharbeitsunternehmen, mit ihnen verbundene Unternehmen oder auch Einzelpersonen.

Nach Schätzungen des Interregionalen Gewerkschaftsrats bewohnen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein in Emmerich 50 – 60 Immobilien. Beratungsprojekte wie „Arbeitnehmerfreizügigkeit fair gestalten“, das vom MAGS NRW gefördert wird, stoßen bei ihren Informationsaktionen immer wieder auf menschenunwürdige Unterbringungen. Auch die Gewerkschaften auf deutscher und niederländischer Seite bemängeln schon seit geraumer Zeit, dass in diesen Unterkünften viel zu viele Personen untergebracht sind. Dies zu belegen, ist aber schwierig. Denn bei Be-

gehungen durch die zuständigen Behörden der Städte und Gemeinden geben sich immer wieder manche der dort angetroffenen Personen nur als Besucher aus. Für kommunale Strukturen spielt sich das Leben dieser Menschen somit oft im Verborgenen ab. Da die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer meist nicht gemeldet sind, haben viele keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Wegen der Verbindung von Arbeit- und Wohnungsgebenden droht den Beschäftigten im Falle eines Arbeitsplatzverlustes zusätzlich Obdachlosigkeit.

Auch auf gesellschaftliche Hilfsstrukturen können die Beschäftigten in einer Notsituation kaum zählen. Denn nur selten sind die Arbeitsmigrantinnen und -migranten in das soziale Leben vor Ort integriert. Und manchmal werden sie in der öffentlichen Wahrnehmung sogar als Störenfriede betrachtet. Bekannt ist diese Situation seit mehreren Jahren, da die Anwohnerinnen und Anwohner in den Kommunen immer wieder auf die Missstände aufmerksam machen, wie ein Bericht des Interregionalen Gewerkschaftsrats Rhein-Ijssel vom Juni 2019 zusammenfasst. Sie bemängeln insbesondere die Überbelegung der Wohnungen und beschweren sich bei den zuständigen Behörden über laute und nächtliche Feiern oder auch Müllbelastung in deren Wohnumfeld. In das überregionale Bewusstsein gerückt ist die prekäre Situation der Arbeitsmigrantinnen und -migranten aber erst durch die Coronapandemie, als durch hohe Infektionszahlen in den Wohnanlagen ihre schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen bekannt wurden.

Anwohnerinnen und Anwohner, Politik, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftliche Organisationen fordern deshalb sehr nachdrücklich eine arbeitsrechtskonforme und faire Gestaltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dies bezieht sich auf angemessene Wohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten wie auch auf die Berücksichtigung der Anforderungen der Corona-Pandemie. Weiter wird die Deckung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs auf deutscher und niederländischer Seite gefordert sowie auch eine sozialverträgliche Integration der Beschäftigten in die deutschen Kommunen.

Die Beteiligung der Landesregierung an dem Forschungsvorhaben der Hochschule Rhein-Waal resultiert letztlich aus dem Ziel, veränderte Bedingungen für die Arbeitsmigrantinnen und -migranten zu schaffen. In einem Interview erläutert Prof. Ingrid Jungwirth ihre Beweggründe für die Durchführung des Forschungsprojektes und welche Hebel gesellschaftlich in Gang gebracht werden müssen, um die Arbeitsbedingungen in der Grenzregion menschenwürdig zu gestalten.

ANSPRECHPERSON IN DER G.I.B.

Lena Becher

Tel.: 02041 767251

l.becher@gjb.nrw.de

KONTAKTE

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen

Jürgensplatz 1

40219 Düsseldorf

Scott Schwickert

Tel.: 0221 86184222

Scott.Schwickert@mhkbg.nrw.de

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25

40219 Düsseldorf

Magdalene Wilczek

Tel.: 0211 8553284

Magdalene.Wilczek@mags.nrw.de

AUTORIN

Hanna Göhler

Tel.: 01577 6332164

hanna.goehler@digitalhabitat.de